

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Preisschock beim Öl treibt vor allem die Inflationsraten von Familien hoch - um bis zu 1,2 Prozentpunkte im März](#)
2. [Soziale Leistungen: „Ausgaben fast vervierfacht“ - Bund und Länder planen radikale Einschnitte bei Leistungen für Kinder](#)
3. [„40 Milliarden Euro jährlich“: Experte fordert dauerhafte Steuer auf Übergewinne trotz Widerstand](#)
4. [Der reale Ölpreis ist nicht besonders hoch - rechnet man richtig, ist er noch niedriger](#)
5. [„Seeräuberei und Umweltrisiko durch das Bundesfinanzministerium“](#)
6. [Ukraine-Krieg: Drohnen machen jede Bewegung an der Front zur Gefahr](#)
7. [Auf die Barrikaden](#)
8. [Europa wappnet sich für den Ernstfall: 10 Länder planen die Evakuierung von Millionen Menschen](#)
9. [Krieg im Nahen Osten: Deutschland genehmigte auch im Irankrieg Rüstungslieferungen an Israel](#)
10. [Die unappetitliche Schlacht um Ungarn - geführt von der EU](#)
11. [Letzte Ausfahrt: Neutralität](#)
12. [Die große Entbehnungsoper](#)
13. [AFRICOM in Libyen - Affront und Demütigung](#)
14. [Warum die Schule heute manipulierbarer macht](#)
15. [Fahren ohne Fahrschein: Bundestag lehnt Entkriminalisierung des Fahrens ohne Fahrschein ab](#)
16. [Pendlerfalle: Zu teuer zum Wohnen, zu teuer zum Fahren: Berlins Pendler-Kollaps](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht

für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. Preisschock beim Öl treibt vor allem die Inflationsraten von Familien hoch - um bis zu 1,2 Prozentpunkte im März

Der Iran-Krieg hat die Inflationsrate in Deutschland im März auf 2,7 Prozent hochgetrieben - 0,8 Prozentpunkte mehr als im Februar. Der gesamte Anstieg ist dabei noch auf den Preisschock bei Kraftstoffen und Heizöl zurückzuführen. Das gilt größtenteils auch für die haushaltsspezifischen Inflationsraten: Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen sind derzeit von der neuen Teuerungswelle besonders stark getroffen, weil in ihren Warenkörben Ausgaben für Auto-Kraftstoffe ein relativ hohes Gewicht haben. So stieg die haushaltsspezifische Inflationsrate von Paarfamilien mit geringen Einkommen und von Alleinerziehenden mit mittleren Einkommen um je 1,2 Prozentpunkte, bei Paarfamilien mit mittleren Einkommen um 1,1 Prozentpunkte. Am niedrigsten fiel der Anstieg im März bei Alleinlebenden mit niedrigen Einkommen (+0,6 Prozentpunkte) und bei Alleinlebenden mit sehr hohen Einkommen (+0,8 Prozentpunkte) aus. Das hat unterschiedliche Gründe: Während einkommensstarke Singles viele verschiedene Güter und Dienstleistungen konsumieren, deren Preise aktuell weniger stark angezogen haben, besitzen ärmere Alleinlebende oft kein Auto. Quelle: [Hans Böckler Stiftung](#)

2. Soziale Leistungen: „Ausgaben fast vervierfacht“ - Bund und Länder planen radikale Einschnitte bei Leistungen für Kinder

Eine Arbeitsgruppe von Bund, Ländern und Gemeinden hat eine mögliche Streichliste für die Kinder- und Jugendhilfe erstellt. 8,6 Milliarden Euro sollen damit gespart werden. Vor allem beim Thema Unterhalt stehen demnach drastische Kürzungen an. Der Paritätische Gesamtverband befürchtet Kürzungen bei den Leistungen für Kinder, Jugendliche und Menschen mit Behinderungen. Das gehe aus einem internen Arbeitspapier hervor, das dem Verband vorliege, teilte dieser am Donnerstag in Berlin mit. Demnach diskutiert eine Arbeitsgruppe aus Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden derzeit über Einschnitte.

Die Vorschläge zielen laut Verband auf radikale Einschnitte bei sozialen Unterstützungsleistungen. Individuelle Rechtsansprüche auf Schulbegleitung sollen gestrichen, das Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit Behinderungen eingeschränkt, die Nachbetreuung junger Erwachsener aus der Jugendhilfe abgeschafft, der Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende zusammengestrichen werden.

Quelle: [Welt Online](#)

3. „40 Milliarden Euro jährlich“: Experte fordert dauerhafte Steuer auf

Übergewinne trotz Widerstand

Infolge des Irankriegs steigen die Spritpreise deutlich stärker als die zugrunde liegenden Rohölpreise. Christoph Trautvetter sieht in der Übergewinnsteuer ein geeignetes Instrument, um politisch darauf zu reagieren. [...]

In einer Studie für die Rosa-Luxemburg-Stiftung sprechen Sie sich für eine dauerhafte und branchenübergreifende Übergewinnsteuer aus. Warum?

Wir haben ein generelles Problem mit Übergewinnen. Das entsteht dadurch, dass Marktkonzentrationen, Monopole und andere Dysfunktionen im Markt dazu führen, dass immer wieder solche Übergewinne entstehen. Mit einer allgemeinen Übergewinnsteuer können wir dafür sorgen, dass dort, wo der Markt nicht funktioniert, Übergewinne abgeschöpft werden und dadurch ein fairerer Wettbewerb möglich wird. Laut unseren Berechnungen könnte Deutschland so bis zu 40 Milliarden Euro Steuern jährlich einnehmen.

Quelle: [FR Online](#)

4. Der reale Ölpreis ist nicht besonders hoch - rechnet man richtig, ist er noch niedriger

Die Aufregung um die Ölpreise ist wieder einmal enorm. Wenn man sich erdreistet, für Gelassenheit zu plädieren (was ich getan habe), ist ein shitstorm unausweichlich. In einer Welt, von der immer noch viele behaupten, sie bewege sich rasch auf eine Transformation zu, die zum vollständigen Verzicht von fossilen Energieträgern führen wird, sind die Leute (bzw. diejenigen, die behaupten, sie seien das Sprachrohr der „Leute“) durch kaum etwas mehr auf der Palme zu bringen als von hohen Spritpreisen. Wenn man gar sagt, der reale Ölpreis sei nicht höher als vor einigen Jahrzehnten, sind viele vollkommen außer sich und geben sofort ihren Verstand an der Garderobe ab. Dabei ist es offensichtlich: Wenn ich wissen will, wie hoch die Belastung durch steigende Benzin- und Dieselpreise ist, muss ich den Preis für Kraftstoffe in Beziehung setzen zu dem, was ich gerade verdiene. Darauf folgt, dass man mindestens auf einen sogenannten realen Preis schauen muss, um die Belastung von heute im Vergleich zur Vergangenheit einzuschätzen (beim realen Preis wird in jedem Jahr vom laufenden Ölpreis die Inflationsrate abgezogen). Im folgenden Bild ist das von der amerikanischen Administration gemacht worden.

Quelle: [Relevante Ökonomik](#)

5. „Seeräuberei und Umweltrisiko durch das Bundesfinanzministerium“

Schwere Vorwürfe – bis hin zur staatlichen Piraterie – erhebt der bekannte Bremer Sozialdemokrat Manfred Fluß (82) gegen den amtierenden sozialdemokratischen Bundesfinanzminister Lars Klingbeil. Fluß gehörte der Bremischen Bürgerschaft für die SPD von 1971 bis 1999 an. Mit einer Unterbrechung: Von Juni 1994 bis Juli 1995 diente er dem Bundesland als Finanzsenator. Seit nunmehr über 30 Jahren ist der

Sozialdemokrat als Geschäftsführer der NTH Schifffahrt GmbH + Co KG tätig. In dieser Eigenschaft ist er mit Themen der Weltschifffahrt sehr vertraut. [...] Während Finnland, Estland, Schweden, Dänemark und Frankreich die von Ihnen aufbrachten Schiffe meist nach kurzer Zeit und Untersuchung von angeblichen konkreten strafrechtlichen Gründen wie Kabel-Sabotage, fehlende oder gefälschte Flagge oder unzureichende Versicherung wieder freigelassen hatten, da sie sich des Rechtsbruchs offensichtlich bewusst waren, bildet Deutschland eine unrühmliche Ausnahme.

Quelle: [Axel Schuller](#)

6. **Ukraine-Krieg: Drohnen machen jede Bewegung an der Front zur Gefahr**

In einer postapokalyptischen Landschaft aus überwucherter Vegetation und verfallenen Gebäuden werden wir von Drohnen gejagt. Sie kreisen über unseren Köpfen, verfolgen unsere Bewegungen und sind bereit, im selben Moment herabzustürzen, in dem wir uns nach draußen wagen. Sie schleichen durch Gebäude und jagen uns von Zimmer zu Zimmer. Sie lauern im hohen Gras, verborgen vor Blicken, ihre unermüdlichen Augen auf Eingänge und Fenster gerichtet.

Quelle: [Merkur](#)

7. **Auf die Barrikaden**

Bei „N-TV“ kommt man ins Nachdenken: Es „sei nicht ausgeschlossen, dass es irgendwann ‚auf die Barrikaden‘ gehe“, so zitiert das konservative Nachrichtenhaus Simon Schnetzer, der die neueste Auflage der „Shell-Jugendstudie“ zu verantworten hat. Wo er recht hat: Es gäbe genug Gründe, auf die Barrikaden zu gehen. 29 Prozent der Befragten geben an, psychologische Unterstützung zu benötigen, 23 Prozent sind verschuldet, 21 Prozent planen auszuwandern. Warum das alles so ist, darüber äußert man sich zurückhaltend. Mal wird auf einen „Generationenkonflikt“ verwiesen, mal versucht man, die Einsamkeit der Jugend aus ihrem Social-Media-Konsum zu erklären (selbstverständlich verbunden mit der Forderung nach einer Altersgrenze für die Nutzung von sozialen Netzwerken), mal schiebt man die Perspektivlosigkeit der Jugend dem Einsatz von KI im Arbeitsleben zu. Nur bei einem ist man sich sicher: „Der Protest der Jugend ist nicht laut, aber unter der Oberfläche braut sich etwas zusammen, was langfristig Wirtschaft, Regionen und soziale Sicherungssysteme gefährden kann“, so die ebenfalls mitwirkende Politikwissenschaftlerin Nina Kolleck.

Quelle: [unsere zeit](#)

8. **Europa wappnet sich für den Ernstfall: 10 Länder planen die Evakuierung von Millionen Menschen**

Nord- und Ostsee-Staaten bereiten sich auf den Ernstfall vor. Ein neues Abkommen soll Millionen Menschen über Grenzen hinweg in Sicherheit bringen.

Mehrere Staaten im Ostseeraum und in Nordeuropa haben sich auf eine engere

Zusammenarbeit vorbereitet, falls es zu einer schweren Krise oder sogar zu Krieg kommt. In einer Mitteilung der schwedischen Regierung ist von einem gemeinsamen Memorandum die Rede, das die „Bewegung von Menschen über Grenzen hinweg im Krisenfall“ regeln soll.

Beteiligt sind Schweden, Dänemark, Estland, Finnland, Deutschland, Island, Lettland, Litauen, Norwegen und Polen. Hintergrund sind Erfahrungen aus dem russischen Angriff auf die Ukraine, bei dem Millionen Menschen zeitweise in andere Regionen oder Länder gebracht wurden.

Bei einem digitalen Treffen im Februar unterschrieben die beteiligten Staaten ein entsprechendes Papier. Darin geht es laut der Mitteilung darum, frühzeitig zu planen, wie im Ernstfall Transporte organisiert, Grenzkontrollen abgewickelt und Aufnahmestrukturen aufgebaut werden. Geplant sind auch spezielle Korridore für Evakuierungen und Verfahren zur Registrierung der Menschen nach ihrer Ankunft.

Quelle: [Focus Online](#)

9. **Krieg im Nahen Osten: Deutschland genehmigte auch im Irankrieg Rüstungslieferungen an Israel**

In den ersten vier Wochen des Irankriegs hat die Bundesregierung Waffenexporte für Israel genehmigt. Es ging um Lieferungen im Wert von 6,6 Millionen Euro.

Deutschland hat auch im ersten Monat nach Beginn des Irankriegs Rüstungsexporte nach Israel genehmigt - allerdings in vergleichsweise kleiner Größenordnung. Wie aus Antworten des Bundeswirtschaftsministeriums auf mehrere Anfragen des Linken-Abgeordneten Ulrich Thoden hervorgeht, erteilte die Bundesregierung zwischen dem 28. Februar und dem 27. März Genehmigungen für Ausfuhren im Wert von 6,6 Millionen Euro.

Zum Vergleich: In den ersten etwas mehr als vier Monaten nach Aufhebung der zeitweiligen Exportbeschränkungen durch die Bundesregierung am 24. November 2025 wurden Rüstungslieferungen im Gesamtwert von 166,95 Millionen Euro genehmigt.

Quelle: [Zeit Online](#)

10. **Die unappetitliche Schlacht um Ungarn - geführt von der EU**

Kürzlich, am 12. April 2026, fanden in Ungarn Parlamentswahlen statt. Es war schon seit längerem für jeden Beobachter ohne Schwierigkeiten erkennbar, dass diese Wahl in die Geschichte nicht nur Ungarns, sondern auch Europas eingehen wird. - Eine unappetitliche Angelegenheit. [...]

Ungarn ist von Größe und Wirtschaftskraft nicht in die Kategorie der Staaten einzuordnen, die den Lauf der Dinge Europas auf Grund dieser Kennziffern maßgeblich zu beeinflussen vermögen. Das gilt für Staaten wie Deutschland, Frankreich oder - wenn auch mit Abstrichen - für Polen. Und dennoch, die

Parlamentswahlen des kleinen Ungarn brachten im Vorfeld praktisch ganz Europa in Wallung. Die Nachrichten der letzten Tage und Wochen zeigten, dass die Regierungen von mindestens vier Staaten in Alarmstimmung waren. Dabei handelt es sich um Ungarn, Serbien, die Slowakei und die Ukraine. Die Gründe dafür sind höchst verschieden.

Doch damit nicht genug.

Quelle: [Seniora.org](https://seniora.org)

dazu auch: **Magyar will Öffentlich-Rechtlichen umbauen**

Am Mittwoch war der künftige ungarische Premier Peter Magyar erstmals zu Gast im öffentlichen-rechtlichen Rundfunk. Dort wiederholte er seine Ankündigung, die Nachrichtensendungen „auszusetzen“, bis „eine unabhängige Berichterstattung gewährleistet“ sei. Bei einem Termin beim Staatspräsidenten Tamas Sulyok wurde Magyar anschließend mit der Regierungsbildung beauftragt.

Quelle: [ORF](https://orf.at)

11. **Letzte Ausfahrt: Neutralität**

In dem Sammelband „Deutschland neutral!“ zeigen 34 Autoren, wie sich das Land aus der Falle befreien könnte, in die es durch die Mitgliedschaft im destruktiven Militärbündnis NATO geraten ist.

„Der Warschauer Pakt wurde offiziell am 31. März 1991 in Prag aufgelöst. Spätestens seit diesem Tag war der militärische Antagonismus überflüssig. Und doch hat sich Deutschland über seine Bündnis-Strukturen in Kriege verwickeln lassen. (...) Keiner dieser Krieg diente der Verteidigung Deutschlands.“ Mit diesen einleitenden Sätzen stellen die Herausgeber des Buchs „Deutschland neutral! Mit Sicherheit für den Frieden“, das vor Kurzem im Westend-Verlag erschienen ist, zwei einander ergänzende Fragen. Die erste lautet: Wofür ist die NATO eigentlich nütze? Die zweite: Schadet sie nicht eher?

Quelle: [Manova](https://manova.de)

12. **Die große Entbehrungsoper**

Als der Westen noch Kriege führte, versprach er seinen Bürgern Ordnung, Sicherheit und moralische Überlegenheit. Heute verlangt er Verzicht, höhere Spritkosten und neue Opfer - und bringt nicht einmal mehr den Mut auf, die Urheber der Eskalation beim Namen zu nennen. Keir Starmer und Anthony Albanese sprechen wie Männer, die einen Brand beklagen, an dessen Legung sie selbst politisch mitgewirkt haben. Sie bitten ihre Bevölkerungen um Disziplin, während sie zugleich an der großen Irreführung festhalten - so zu tun, als sei diese Krise über ihre Länder gekommen, nicht aber aus ihrer eigenen politischen Komplizenschaft erwachsen.

Quelle: [Globalbridge](#)

13. **AFRICOM in Libyen - Affront und Demütigung**

In Sirte findet ab Mitte April die zweiwöchige Militärübung Flintlock 2026 statt, angeführt vom US-Kommando AFRICOM, unter Beteiligung des italienischen Sondereinsatzkommandos und libyscher Spezialkräfte aus Ost und West. Nicht nur das Hissen der US- und anderer Kolonialherrenflaggen auf libyschem Staatsgebiet, sondern auch die Aufgabe der Souveränität und die Überlassung militärischer Entscheidungen an ausländische Mächte - insbesondere an diesem Ort und an diesen Tagen - werden von der libyschen Bevölkerung als Demütigung empfunden. Bernard-Henri Lévy riss im Katastrophenjahr 2011 persönlich die grüne Dschamahiriya-Flagge herunter und befestigte stattdessen die Flagge der NATO-Kreuzritter. Im Jahr 2026 wehen die Fahnen des Kolonialismus in Sirte, dem Geburtsort von Oberst Muammar Gaddafi. Dazu eine Stellungnahme von Moussa Ibrahim und ein Hinweis auf die im Januar 2026 von Saif al-Islam Gaddafi kurz vor seiner Ermordung veröffentlichte Schrift zur libyschen Souveränität.

Quelle: [Gela-News](#)

14. **Warum die Schule heute manipulierbarer macht**

Irgendwie sollte man erwarten, dass eine Gesellschaft, in der die Hälfte der Jüngeren Abitur hat, kritikfähiger ist und sich kein X vor ein U machen lässt. Die Wirklichkeit sieht aber ganz und gar nicht danach aus. Im Gegenteil, zu viele sind darauf dressiert, alles zu glauben. (...)

Die Antwort auf dieses Rätsel findet sich womöglich in Änderungen im Bildungssystem; das natürlich vor der Herausforderung steht, stetig neue Entwicklungen und Erkenntnisse zu integrieren; das darauf aber in Deutschland auf eine sehr spezifische Weise reagiert hat, die all diese Phänomene auslösen könnte. Das einfache Stichwort dazu lautet "Bulimie-Lernen".

Den Begriff kennt vermutlich jeder. Es bezeichnet eine Art der Wissensvermittlung, in der in jeweils voneinander getrennten Abschnitten bestimmte Dinge gelernt werden, die dann, nachdem sie geprüft wurden, auch wieder vergessen werden können, und vergessen werden. Das Vergessenwerden hat dabei eine einfache Grundlage: das völlige Fehlen von Kontext. Der fiel nämlich dem zusätzlichen Volumen zum Opfer.

Quelle: [Dagmar Henn auf RT DE](#)

Anmerkung Christian Reimann: Wenn im „Land der Dichter und Denker“ das „Bulimielernen“ immer weiter um sich greift, könnte das den sogenannten Eliten in Medien, Politik und Wirtschaft recht sein. Insbesondere hinterfragende junge Bürgerinnen und Bürger könnten als problematisch betrachtet werden. Es könnten z.B. Fragen oder sogar Zweifel aufkommen, wenn die selben Akteure einerseits den

globalen Klimawandel und CO2 bekämpfen wollen, andererseits sich jedoch für die nationale Hochrüstung und den militärischen Kampf gegen Russland einsetzen (Militär als CO2-Verbraucher).

15. **Fahren ohne Fahrschein: Bundestag lehnt Entkriminalisierung des Fahrens ohne Fahrschein ab**

Nach einer tagelangen Debatte über das Fahren ohne gültigen Fahrschein hat der Bundestag jetzt entschieden: Wer ohne Ticket fährt, begeht weiter eine Straftat. Die Grünen und die Linkspartei sind im Bundestag mit dem Vorstoß gescheitert, das Fahren in öffentlichen Verkehrsmitteln ohne gültigen Fahrschein zu entkriminalisieren. Union, SPD und die AfD lehnten zwei entsprechende Gesetzesentwürfe in zweiter Lesung ab.

Die Union stellte sich in der Bundestagsdebatte gegen eine Entkriminalisierung.

»Dann werden sich alle, die sich rechtstreu verhalten und das Geld für einen Fahrschein ausgeben, als die Dummen fühlen«, sagte der CDU-Abgeordnete Alex Müller. Ähnlich argumentierte die AfD. Ihr Abgeordneter Tobias Peterka befürchtete weitere Entkriminalisierungen als Folge: »Ich sehe hier schon den Ladendiebstahl wackeln.« Die SPD wiederum betonte in der Debatte erneut ihre grundsätzliche Unterstützung für eine Entkriminalisierung und stimmte offenbar aus Koalitionsdisziplin gegen das Vorhaben.

Quelle: [Zeit Online](#)

16. **Pendlerfalle: Zu teuer zum Wohnen, zu teuer zum Fahren: Berlins Pendler-Kollaps**

Rekordmieten in der Hauptstadt treiben Tausende nach Brandenburg. Doch bei historischen Spritpreisen und vollen Bahnen wird der Arbeitsweg zur Belastungsprobe. [...]

Berlin ist eine Einpendelstadt. 477.448 Menschen pendeln täglich in die Hauptstadt ein - mehr als nach Frankfurt am Main oder Hamburg, weniger nur als nach München. Den größten Anteil daran trägt das direkte Nachbarland: 290.435 Menschen pendeln aus Brandenburg nach Berlin zur Arbeit. Sie kommen aus Oranienburg und Bernau, aus Königs Wusterhausen und Strausberg, aus Cottbus und Frankfurt an der Oder. Was sie eint: Sie gestalten Berlin, aber in der gegenwärtigen Infrastrukturkrise zahlen sie den höchsten Preis.

Quelle: [Berliner Zeitung](#)